

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes (Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts)

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/1769 -

ZWEITE BERATUNG

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir heute wieder mal die Gelegenheit haben, uns über die deutsche Geschichte und über die Frage auszutauschen, wie mit ihr umgegangen wird. Bei allem Lob, was Frau Pelke grade Herrn Dittes hat zuteil werden lassen, muss ich sagen: Genau so, wie Herr Dittes das gemacht hat, sollte man es nicht tun. Den Klassiker natürlich, Herr Dittes, von hier vorn zu sagen, die Verbrechen der Nationalsozialisten dürften weder verharmlost noch relativiert werden, können wir unterschreiben. Sie sagen aber hier vorn genau das Gegenteil von dem, was Sie tagtäglich draußen tun. Jeder, der draußen nicht vollständig auf Ihrer ideologischen Linie ist, den beleidigen Sie, den beschimpfen Sie, den lassen Sie zusammenschlagen, den lassen Sie als Nazi beschimpfen, Herr Dittes. Genau damit relativieren Sie jeden Tag die unsäglichsten und einzigartigen Verbrechen der Nationalsozialisten. Das ist unerträglich. – Schön, dass Sie rausgehen, Herr Dittes.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, nachdem im vergangenen Jahr mit den Stimmen der Regierungsparteien der 8. Mai zum Gedenktag erhoben worden war, stellte sich schnell die Frage, ob das Gedenken an die braune sozialistische Diktatur und deren Ende nicht einseitig und unvollständig bliebe, wenn nicht auch zumindest der roten sozialistischen Diktatur und deren Opfern gedacht würde. Diese Überlegung nahm die CDU zum Anlass, den 17. Juni als Gedenktag für die Opfer der SED-Diktatur und darüber hinaus noch einen ganzen Strauß weiterer Gedenktage zu fordern, den 18. März, den 25. Oktober und den 9. November – wir haben das hier schon mehrfach gehört. Das war dann aber nicht nur uns von der AfD-Fraktion etwas zu viel, sondern auch der Regierungskoalition, die ja inzwischen nicht nur einen von der AfD entsorgten Abtrünnigen – versüßt mit 3.100 Euro mehr im Monat, deshalb musste es auch ganz schnell gehen, glaube ich – in ihren Reihen begrüßen kann, sondern auch unser Wort von der „Gedenktagsinflation“ übernommen hat. Ich lese da die TLZ vom 19.04.2016, wo die Herren Hey und Adams zitiert werden, „keine ‚Inflation der Gedenktage‘“ und „Es macht keinen Sinn, Gedenktage inflationär“ zu behandeln. Ich muss sagen, da haben Sie dazu gelernt; AfD wirkt, sage ich wieder einmal.

Meine Damen und Herren, dann hatten sich die Ramelow-Koalitionäre sehr holprig und alles andere als harmonisch – Frau Scheringer-Wright ist ja doch da bei diesem Thema, ich dachte, Sie wären gar nicht da – und zum zweiten Mal nach der Posse über das Abgeordnetenüberprüfungsgesetz, als Sie in Sachen Parlamentsunwürdigkeit vollständig gegen Ihren eigenen Antrag gestimmt haben, mit einem neuen Antrag zu Wort gemeldet. Der fordert nun das, was die AfD von Anfang wollte, nämlich den 17. Juni als weiteren einzigen Gedenktag einzuführen. Dafür vielen Dank, meine Damen und Herren – Sie sehen: AfD wirkt.

(Beifall AfD)

Unsere Position zu dem Ganzen war von Anfang an klar, was man zu den Positionen von allen anderen – ich muss es sagen – Altparteien nicht sagen kann. Wir sehen es heute am Änderungsantrag der CDU, dieses Herumgeeier und das Getanze um den heißen Brei. Wir als AfD stehen einem staatsoffiziellen Gedenkwesen grundsätzlich skeptisch gegenüber und halten zudem die Art und Weise, wie und als was der 8. Mai als Gedenktag eingeführt wurde, für äußerst problematisch. Denn dieser 8. Mai 1945 wurde und wird von der Thüringer Linkskoalition einseitig und ideologisch instrumentalisiert. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in diesem Parlament ließ sich dieser gedenkpolitische Sündenfall leider nicht verhindern. Auch deshalb ist es historisch und geschichtspolitisch angemessen, einen Gedenktag mit Blick auf die Diktatur der Nationalen Front und der roten Sozialisten in der DDR einzurichten. Und da liegt in der Tat der 17. Juni in Gedenken an den Volksaufstand von 1953 auf der Hand und dieser Tag war ja bereits schon einmal sogar ein Feiertag. In diesem Sinne habe ich mich hier im Plenum bereits wiederholt geäußert und zugleich betont, dass die AfD-Fraktion eine Gedenktagsinflation ablehnt. Inflation bedeutet Entwertung und bei zu vielen Gedenktagen wenden sich die Bürger bald gelangweilt ab.

(Beifall AfD)

Kleiner Applaus muss auch mal sein.

Auch die Herren Hey und Adams und heute auch Herr Dittes und damit wohl auch der Rest der linken Einheitsfraktion und nun auch der CDU sehen das ja Gott sei Dank inzwischen so, ich hatte bereits darauf hingewiesen. Übrigens findet sich das Argument der AfD, dass ein inflationäres Verhalten bezüglich Gedenktagen nicht gut ist, auch in den Stellungnahmen des Anhörungsverfahrens, das durchgeführt wurde. Die Stiftung Ettersberg hat darauf hingewiesen, dass eine zu große Anzahl von Gedenktagen das Gedenken zu einem leeren Ritual verkommen lasse.

Also soll es nun nach unserer ursprünglich singulären und inzwischen hier ja nach fast aller Auffassungen, wenn man von ein paar verirrt und verwirrt ewig Gestrigen auf Ihrer Seite absieht, beim zusätzlichen Gedenken an den 17. Juni 1953 bleiben, aber damit ist es dann auch aus Sicht der AfD-Fraktion genug. Wir haben ja auch als bundesweiten Feiertag noch den 3. Oktober und auch ansonsten jederzeit die Möglichkeit, außerhalb von offiziellen Gedenktagen historischen Ereignissen zu gedenken, wie wir es zum Beispiel am 25. Oktober hier in Thüringen stets angemessen tun.

Meine Damen und Herren, wenn eine echte Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte gewünscht ist, ist es viel wichtiger, dass in den Schulen ein vernünftiger Geschichtsunterricht praktiziert wird. Bekanntlich sind die einschlägigen Kenntnisse von Schülern über die DDR, aber auch etwa über das Dritte Reich oder die Weimarer Republik im Allgemeinen recht dürftig, was entsprechende Unterlagen immer wieder belegen und beklagen. Ich hatte darauf bereits in der ersten Lesung des Regierungsantrags hingewiesen und möchte diesen Punkt hier in Erinnerung rufen. Wir

brauchen einen guten Geschichtsunterricht, das bedeutet auch, dass wir weniger Zeitgeistpädagogik und Sozialkompetenztraining brauchen, sondern soliden und pluralen Geschichtsunterricht, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Denn nur ein solcher kann sich kritisch und anschaulich auseinandersetzen mit der Vergangenheit, wie wir es uns wünschen. Denn wer und was wir sind, lernen wir ja aus der Geschichte. Und ohne differenziertes Geschichtsbewusstsein werden wir anfällig für ideologische Welterklärungen. Das kann niemand wollen, wenn es auch leider – ich schaue mal nach links – hier und da geschieht.

Meine Damen und Herren, das Stichwort Geschichtsbewusstsein führt mich noch einmal zurück zum Ablauf des parlamentarischen Verfahrens zu diesen Gedenktagen. An sich hätte es ja für die Regierungskoalition von Anfang an nahe liegen müssen, neben dem 8. Mai auch den 17. Juni in den Blick zu nehmen, hatten sich doch die rot-rot-grünen Koalitionäre in ihrem Vertrag recht deutlich auf die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit verständigt und sich zu ihr bekannt. Als es dann aber konkret daran ging, ergriff rasch die Besessenheit von der Hitlerdiktatur Links-Grün und man hatte nur noch den 8. Mai im Blick und sah sonst nichts mehr. Immerhin hat dann aber die von der AfD dominierte parlamentarische Debatte zur Kurskorrektur bei großen Teilen von Rot-Rot-Grün geführt. An dieser Stelle vielen Dank. Auch da sehen Sie wieder, AfD wirkt, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

An dieser Stelle muss ich noch einmal ein bisschen in die Historie gehen und an die letzte Debatte anknüpfen, Frau Pelke. Sie hatten ja vorhin auch noch mal Willy Brandt erwähnt. Es bleibt nämlich aus der historischen Perspektive ein sehr fragwürdiger Vorgang, wenn die SPD heute wieder einmal – und ich komme gleich dazu – gemeinsame Sache mit denjenigen macht, die die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes 1953 in der DDR und die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED zu verantworten hatten. Denn es ist die SPD, die heute mit der umbenannten SED eine Thüringer Landesregierung stellt, und das auch noch zu allem Übel unter einem Ministerpräsidenten, der eben dieser Partei, die sich jetzt Die Linke nennt, angehört und diese Koalition dominiert. Bei den Linken ist man ja mit der Sache, wenn man der Presse glauben kann, nicht so ganz im Reinen. Wir sind daher gespannt, ob die Linksfraktion auch heute einheitlich nach der Pfeife ihrer Führung tanzt und einstimmig dem Koalitionsantrag zustimmen wird. Also ich muss sagen, meine Spannung, die steigt von Minute zu Minute.

Aber nun noch mal zu Ihrer SPD. Wenn wir am 17. Juni der Opfer der SED-Diktatur gedenken, dann waren unter diesen Opfern ja auch viele gestandene Sozialdemokraten. Die SED versäumte damals übrigens nicht, als für den Aufstand Verantwortliche neben den CDU-Politikern Adenauer und Kaiser auch die Sozialdemokraten Ollenhauer und Reuter zu benennen, und das sollen nach Ansicht der SED – heute Die Linke – die schlimmsten Faschisten gewesen sein. In der SED-Propaganda war der Aufstand ein faschistisches Komplott, von Westdeutschland gesteuert. In einem ZK-Beschluss Ihrer Partei, Herr Blechschmidt, Herr Dittes, Herr Kuschel, Frau Scheringer-Wright und Frau Leukefeld, vom 21.06.1953 heißt es: „In Westberlin wurden von den Kaiser und Reuter systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Elemente in Terrororganisationen vorbereitet und ausgerüstet. Zu den alten faschistischen Morderfahrungen kamen noch zusätzlich die Methoden der amerikanischen Gangster. So wurde der faschistische Auswurf wieder großgezogen. Neben den ausländischen Kriegstreibern tragen Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die volle Verantwortung für das Blut, das bei der Niederschlagung des faschistischen Abenteurers geflossen ist.“ So weit der ZK-Beschluss vom 21. Juni 1953 Ihrer Partei, Herr Blechschmidt.

Hier hören Sie wieder den alten kommunistischen Kampfruf „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten.“

(Beifall AfD)

Die waren nach Auffassung Ihrer heutigen Koalitionspartner, liebe SPD, auch noch die schlimmsten Faschisten, so wie wir heute von der AfD. Wir können das nachvollziehen.

Dabei war die SPD selbst schon vor 1953 durch die Zwangsvereinigung mit der KPD im Jahr 1946 Opfer der Kommunisten geworden. Nun sitzen in Thüringen die Erben der – Die Linke meint – Faschisten Ollenhauer und Reuter mit den Erben der Täter, den Ulbrichts und den Honeckers, in einer Regierung. Fata viam invenient, Frau Marx, ich hoffe, Sie verstehen, was ich damit meinte.

Vor diesen historischen Tatsachen sollte man im Zusammenhang mit dem 17. Juni nicht die Augen verschließen und auch nicht davor, dass die SPD der alten Bundesrepublik im Laufe der 1980er-Jahre geneigt war, ohne Not der SED-Diktatur Zugeständnisse zu machen. Neben der geforderten Schließung der Zentralen Erfassungsstelle für DDR-Verbrechen in Salzgitter, wo sich im Übrigen nun eine Erfassungsstelle für Verbrechen und Straftaten gegen die AfD etabliert, gab es zunehmende Distanzierung vom Ziel der deutschen Einheit. Einer der Antreiber war dabei Oskar, und zwar der aus dem Saarland. Hier steht „Saraland“ – ich weiß nicht, ist auch ein Freud'scher Versprecher dann: „Oskar aus dem Saraland“. Also einer der Antreiber dabei war Oskar aus dem Saarland. Trauriger Tiefpunkt dieses Prozesses war dann das beschämende SPD-SED-Papier von 1987, mit dem die SPD die SED-Diktatur noch in der Spätphase stützte – ähnlich so wie heute in Thüringen, Geschichte wiederholt sich scheinbar doch.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Was ist denn das für ein historischer Unsinn?)

Meine Damen und Herren, zu diesem Zeitpunkt stand man in der SPD-West dem Schicksal der in der DDR drangsalierten Deutschen weitestgehend desinteressiert und ablehnend gegenüber. Die DDR und die in ihr eingesperrten Menschen störten das rosarote Weltbild der SPD und ihrer Funktionäre. Wie sonst hätte Willy Brandt, Frau Pelke, den Sie hier gerade so positiv herausgestellt haben, dazu kommen können, 1988 über die Wiedervereinigung als Lebenslüge der zweiten deutschen Republik zu lamentieren? War das die geschichtliche Lehre, die die SPD aus dem Jahr 1953 gezogen hatte?

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Das fragen wir uns!)

Die Quittung bekam dann die SPD-Ost bei der Volkskammerwahl 1990: gerade mal knapp über 20 Prozent. Man hatte mit mehr gerechnet, aber Hand aufs Herz, meine Damen und Herren von der SPD, heute 20 Prozent, das wäre für Sie, glaube ich, Anlass für ein Großfeuerwerk, oder?

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, der Aufstand in der DDR im Juni 1953 war eine Erhebung des gesamten Volkes gegen eine Diktatur. Auch insoweit lag Herr Dittes falsch. Das Volk wollte nicht mehr von Sozialisten gleich welcher Farbe schikaniert und ausgebeutet werden.

(Beifall AfD)

Wenn wir daran erinnern, rufen wir ins Gedächtnis, dass die SED-Herrschaft keine legitime Volks-

herrschaft oder gar keine Republik und schon gar keine demokratische Republik war. Es war ein undemokratisches Unterdrückungs-, Repressions- und Drangsalierungskonstrukt von Moskaus Gnaden, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Dieses Konstrukt – jetzt schlagen wir den Bogen zu heute – definierte sich lediglich als demokratisch, so, wie Sie es von ganz links bis zur SPD auch heute immer wieder gern tun, wenn sie sich hier vorn hinstellen – Herr Wolf ist Meister in dieser Kategorie – und immer von den demokratischen Fraktionen im Thüringer Landtag reden, um andere auszugrenzen, nämlich die AfD. Herr Wolf und alle anderen, genau damit zeigen Sie, dass der DDR-Geist hier in den deutschen-demokratischen-Ramelow-Fraktionen weiterwabert.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Wissen Sie, was das für ein Geist ist, wenn Sie von Altparteien reden?)

Meine Damen und Herren, wir betrauern die Opfer der Ereignisse von 1953, und wir bekennen, dass diese Ereignisse den Deutschen in der DDR zur Ehre gereichen. Hier bereits kam unter vielen Opfern der Freiheitswille zum Ausdruck, der sich dann leider erst in einem zweiten Anlauf, nämlich knapp 40 Jahre später, durchzusetzen vermochte, nämlich im Herbst 1989. Der Wille zur Freiheit und Einheit hat letztendlich obsiegt, und wir haben allen Grund uns hierüber zu freuen und den Opfern unsere Dankbarkeit zu bezeugen. Daher ist eine Ergänzung des Thüringer Feiertagesgesetzes, die den 17. Juni als Gedenktag einführen will, angemessen und wird von uns unterstützt.

Jetzt haben wir natürlich zur Auswahl, wie wir abstimmen können. Wir haben auf der einen Seite den Regierungsentwurf und die Beschlussempfehlungen des Innen- und Kommunalausschusses, wir haben auf der anderen Seite nach langem Rumgeeier und Lamentieren von der CDU heute mal wieder einen Änderungsantrag bekommen. Wir haben es in der Fraktion diskutiert und werden aufgrund der klareren Formulierungen und der eindeutigen Formulierungen dem Entwurf von Rot-Rot-Grün in der Fassung der Beschlussempfehlung des Innen- und Kommunalausschusses zustimmen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, Ihre Aussage, wer nicht Ihrer Meinung ist, den lassen Sie zusammenschlagen, ist dem Haus nicht angemessen. Wenn Sie das hier wirklich so pausenlos formulieren, will ich Ihnen sagen, wir werden das als Präsidium nicht mehr durchgehen lassen, dass Sie solche Formulierungen hier tätigen.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das ist richtig so, jawohl!)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)